Die Liquidierung der Tabakproduktion in Österreich: "Das ist erfolgreiche Privatisierung zum Wohle des Unternehmens, zum Wohle der Beschäftigten"

Die Austria Tabak wurde Ende des 18. Jahrhunderts von Kaiser Joseph II. als Monopolbetrieb für die gesamte Tabakproduktion in der Habsburgermonarchie eingerichtet, in den 1990er-Jahren hatte sie noch vier Produktionsbetriebe: in Fürstenfeld, Hainburg, Linz und Schwaz.

Soziale Ökonomie

Die Tabakfabriken waren in der Lage, hohe Dividenden an die Staatskassa abzuführen. Sie sorgten für Beschäftigung und Wertschöpfung in strukturschwachen Regionen, ermöglichten Erwerbsarbeit für Frauen und waren gekennzeichnet von einer betrieblichen Sozialordnung, die vorbildlich war. Ein besonderer Kündigungsschutz mit Aussicht auf ein dauerhaftes Dienstverhältnis schuf existenzielle Sicherheit. Im Gegenzug identifizierten sich die Beschäftigten mit dem Betrieb und sorgten für eine hohe Produktivität. Die Tabakfabriken stellten Säuglingsstationen, Kindergärten, Krippen, Werkswohnungen und Sportanlagen zur Verfügung. Es entstand ein gemeinsamer Arbeits-, Lebens- und Erfahrungsraum und eine spezifische Unternehmenskultur, die die Voraussetzungen für die Organisation und Pflege familiärer Gemeinschaften ermöglichte und Frauen mit und ohne Kinder in Vollzeitarbeit einband. Der Soziologe Meinrad Ziegler spricht von Betrieben mit gemeinschaftlicher Sozialordnung:

"Erstens verläuft bei der Koordination von Handlungen die Beziehung zwischen Vorgesetzten und Arbeitern durch soziale Verbundenheit und nicht primär über das Medium der Kontrolle. Zweitens sind Beschäftigte und Leitungspersonal an dem Betrieb innerlich beteiligt und interessiert, so dass der Betrieb als gemeinsames Projekt von Unternehmern und Arbeitern, als eine Arbeits- und Interessensgemeinschaft gedeutet wird."

Obwohl sie ein staatlicher Monopolbetrieb war, modernisierte die Austria Tabak ihre Produktion von Jahrzehnt zu Jahrzehnt. Sie stellte unter Beweis, dass Betriebe mit gemeinschaftlicher Sozialordnung, die für ein existenziell abgesichertes, würdevolles und planbares Leben seiner ArbeitnehmerInnen Sorge tragen, ebenso aber auch Rücksicht auf die familiären Verhältnisse nehmen und dafür Investitionen tätigen, deren Kosten nicht, wie sonst in der Privatwirtschaft üblich, auf den Staat übergewälzt werden, konkurrenzfähig und marktgängig sein können.

Die hohe Produktivität hatte zwei wesentliche Ursachen. Zum einen bewirkten die fair empfundenen Arbeitsverhältnisse, dass die ArbeitnehmerInnen sich gegenüber dem Betrieb loyal verhielten und besonders leistungsbereit waren. Dies ist nicht mit aktuellen Mechanismen der Selbstausbeutung zu vergleichen. Die Belegschaft hielt ihr Leistungspotential deshalb nicht zurück, weil der Betrieb seinen Teil einer wechselseitigen Verpflichtung – Arbeitsplatzsicherheit, betriebliche Sozialleistungen, gute Arbeitsbedingungen – einhielt.

Zum anderen nahm die Unternehmensführung permanente Rationalisierungen vor: durch ständige Verbesserungen der Technologie, durch Erhöhung der maschinellen Kapazitäten und Intensivierung der Arbeit. Auf diese Weise steigerte sie die Produktion bei kontinuerlichem Personalabbau, der einerseits zulasten von Zeitarbeitern ging, andererseits auf besondere Weise bewerkstelligt wurde. Die personellen Entscheidungen erfolgten langfristig und sozial verträglich ohne Arbeitsplatzverlust in der Stammbelegschaft, weibliche Hilfskräfte wurden höherqualifiziert, überforderte Arbeitskräfte nicht entlassen, sondern an weniger attraktiven Arbeitsplätzen weiterverwendet. Da Kündigungen in der Regel nicht möglich waren, musste sich das Unternehmen etwas einfallen lassen. Die SoziologInnen Waltraud Kannonier-Finster und Meinrad Ziegler haben herausgearbeitet, dass auf diese Weise eine Struktur entstand, die in Theorie und Praxis in der Betriebsleitung eine soziale Verantwortlichkeit gegenüber dem Stammpersonal entstehen ließ, die ebenso unter den ArbeitnehmerInnen Platz griff und zu solidarischem Handeln führte. Ganz besonders ist hervorzuheben, dass sich dadurch auch ein wesentlicher volkswirtschaftlicher Effekt ergab, indem die Kosten und Probleme der Rationalisierung nicht auf den Staat und die Allgemeinheit abgewälzt wurden. Die Privatwirtschaft entlässt die Arbeitskräfte in Massen, vorübergehend bzw. saisonal, oder fordert Lohnsubventionen und kürzt die Löhne. Einspringen müssen das Arbeitsmarktservice (AMS) mit seinen aus Steuermitteln finanzierten Leistungen und Bund, Länder wie Kommunen mit Transferzahlungen und Ausgaben für die Finanzierung von vorzeitigem Ruhestand, Mindestsicherung und die gesundheitlichen Folgeschäden von Arbeitslosigkeit und sozialer Deklassierung.

Alle Produktionsbetriebe der Austria Tabak wurden in den 2000er-Jahren liquidiert, 2011 waren das Unternehmen und seine 225-jährige Tradition Geschichte. Nicht zwingend betriebswirtschaftliche Erwägungen waren es, die den Verkauf der Austria Tabak in die Wege leiteten, sondern ideologische: dass ein Unternehmen im Besitz des Staates ein Anachronismus wäre und der Staat unabhängig von seiner Wirtschaftslage grundsätzlich nicht als Eigentümer eines Betriebes tätig

werden sollte. Ein Staatsbetrieb wurde gleichgesetzt mit Misswirtschaft und der Unfähigkeit, sich der Dynamik des Weltmarktes anpassen zu können. Der Verkauf der Austria Tabak erfolgte am Höhepunkt neoliberaler Vorherrschaft und des Primats der Ökonomie Anfang der 2000er-Jahre. Wie konnte es dazu kommen?

Die Teilprivatisierung der Austria Tabak

Seit Ende der 1980er-Jahre bereitete sich die Austria Tabak unter Generaldirektor Beppo Mauhart auf den zu erwartenden Beitritt Österreichs zur Europäischen Union und den damit verbundenen Fall des Tabakmonopols vor.² Ziel der Konzernspitze war es, eine eigenständige Zukunft der Austria Tabak als nationaler Konzern zu sichern und sich zu einem mittleren Industriekonzern in Europa zu entwickeln, der gegen die Übernahme durch einen so genannten big player der Tabakindustrie gewappnet war. Für diese strategische Neuausrichtung wurde das Stammgeschäft gestärkt, die Geschäftsbasis durch Diversifikation erweitert und internationalisiert. Mit der Übernahme von tobaccoland, des Marktführers im Tabakwarengroßhandel in Deutschland, stieg die Austria Tabak zu einem bedeutenden Handelspartner für die gesamte europäische Tabakindustrie auf. So wie die Großkonzerne in der Branche versuchte das Unternehmen seine Geschäftsfelder zu verbreiten, um langfristig dem Druck am internationalen Tabakmarkt standhalten zu können. Austria Tabak stieg daher, mit einigem Erfolg, im Immobiliensektor ein. 1993 erwarb das Unternehmen nach Einholung der Expertise des renommierten St. Gallener Management Zentrums den HTM-Konzern (Head, Tyrolia, Mares), einen der führenden Sportartikelhersteller am Weltmarkt. Er war wegen seiner Abhängigkeit von Fremdkapital praktisch pleite und konnte deshalb günstig übernommen werden. Dem Vorstand war klar, dass das Unternehmen einige Zeit hohe Investitionen benötigen würde, um schwarze Zahlen schreiben zu können. Als die Austria Tabak 1994 wegen der Investitionen in die HTM-Gruppe erstmals negativ bilanzierte und 1995 ein weiterer hoher Zuschuss für HTM notwendig wurde, nahm die Politik dies im Sommer 1995 zum Anlass, Generaldirektor Mauhart abzusetzen, der das entscheidende Hindernis für eine Privatisierung der Austria Tabak darstellte. Allen voran ÖVP-Finanzstaatssekretär bzw. Wirtschaftsminister Johannes Ditz, der betonte, das die Austria Tabak ein typisches Beispiel dafür abgebe, dass der Staat "ein ganz schlechter Eigentümer" sei. Diese Behauptung, die die ÖVP geradezu täglich kolportierte, hatte keine reale Grundlage, doch empirische Befunde sind im neoliberalen Ökonomismus weniger gefragt als dogmatische Überzeugungen, die als wirtschaftliche Naturgesetze dargestellt werden. Die Austria Tabak hatte immer hohe Gewinne eingefahren, war höchst produktiv, in ihrem Kerngeschäft hervorragend aufgestellt und lieferte dem Staat enorme Dividenden ab, wegen der finanziellen Begehrlichkeiten des Finanzministers sogar Sonderdividenden. Die ÖVP nutze die schwierige Situation rund um die umstrittene Investitionsentscheidung (HTM), um den Verkauf der Austria Tabak zu fordern, der SPÖ-Finanzminister unterstützte sie zum Teil. Der Privatisierungsdiskurs verschärfte sich, als im Mai 1995 Wolfgang Schüssel Parteiobmann

und Vizekanzler wurde und auf Neuwahlen zusteuerte. Der "Schüssel-Ditz-Kurs" meinte ein zügiges Vorantreiben der Privatisierung von Staatsunternehmen und die Kürzung von Sozialleistungen für die Transformation des Sozialstaats in "einen schlanken Staat". Die SPÖ und der öffentliche Sektor waren in die Defensive geraten durch die Krise der Verstaatlichten Industrie, die der ÖIAG, die die (halb)staatlichen Betriebe verwaltete, mehrere Milliarden Schulden beschert hatte. Überdies hatte die Bundesregierung ein Problem: Das Budget lief aus dem Ruder, zwischen 1992 und 1995 erhöhte sich das Defizit dramatisch von 2,1 auf 5,8 % des Bruttoinlandprodukts. Privatisierungserlöse waren daher höchst willkommen. Die SPÖ suchte den Ausweg in einem politischen Kompromiss, der Teilprivatisierungen mit dem Staat als Kernaktionär beinhaltete.

Mauhart und der Vorstand der Austria Tabak hatten in Zusammenarbeit mit der Londoner Investmentfirma UBS Warburg und ihrem Managing Director Michael Treichl, die bereits beim Kauf von HTM beratend eingebunden waren, einen Sanierungsplan ausgearbeitet, sie standen vor dem Abschluss eines hohen Nachlasses der Bankschulden von HTM. Doch Finanzminister Andreas Staribacher (SPÖ) als Eigentümervertreter der Austria Tabak und Ditz torpedierten den Sanierungskurs. Vom Beschluss des Sanierungskonzepts für die HTM-Gruppe durch den Aufsichtsrat bis zur Absetzung Mauharts und zum Verkauf von HTM dauerte es nur sechs Wochen! Michael Treichl fädelte den Verkauf an eine ausländische Investorengruppe unter Führung des schwedischen Investors Johann Eliasch ein, mit dem er befreundet war. Bei diesem Deal flossen reichlich Provisionen. Treichl verließ Wartburg - und ging in den Aufsichtsrat von HTM. Eliasch bezahlte einen symbolischen Kaufpreis von knapp 727.000 Euro und erhielt als Zugabe ein ausgereiftes Sanierungskonzept samt 87,2 Millionen Euro von der Austria Tabak; das ist jener Betrag, mit dem das Unternehmen die HTM-Gruppe selbst sanieren wollte. Über 29 Millionen Euro Kapitalspritze hatte die Austria Tabak der HTM bereits vorher zugeführt. Eine Untersuchung der EU-Kommission aus dem Jahr 1996 kam zu folgendem Schluss:

"Mit Hilfe der Kapitalzuführungen von AT [Austria Tabak] konnte HTM den größten Teil der erlittenen Verluste [von 1995] ausgleichen, das Eigenkapital wieder ins Plus bringen und die Schuldenlast auf ein erträgliches Maß reduzieren. (...) Im Gegensatz zu den österreichischen Behörden ist die Kommission der Auffassung, daß die Veräußerung von HTM nicht die kostengünstigste Alternative für AT darstellte. (...) Die Kommission ist überzeugt, dass HTM auf der Grundlage des vorgelegten Umstrukturierungsplanes seine langfristige Überlebensfähigkeit wiederherstellen wird. (...) Die letzte Entscheidung, HTM mit einer "Mitgift" zu verkaufen, (...) scheint hauptsächlich durch den Wunsch begründet zu sein, die Austria Tabak rasch zu privatisieren."

Dies geschah dann auch. Am 1. August 1996 übertrug der Bund seine Kapitalbeteiligungen an der Austria Tabak an die ÖIAG, die sich seit 1993 zu einer Privatisierungsagentur gewandelt hatte. Der neue Vorstand setzte dem Diversi-

fikations-Modell von Mauhart ein Ende und konzentrierte sich wieder völlig auf das Stammgeschäft: Tabakproduktion und Handel. Dies musste mittel- bis langfristig aber bedeuten, dass eine Selbstständigkeit als nationaler Konzern auf dem Tabakmarkt, den wenige Konzerne beherrschten, kaum möglich war. Der Börsengang erfolgte 1997. Bis 1999 gab die ÖIAG 58,9 % ihrer Aktienanteile ab.

Der Verkauf der Austria Tabak ins Ausland

Am 4. Februar 2000 nahmen ÖVP und FPÖ unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) die Regierungsgeschäfte auf, am 29. Februar beschloss der Ministerrat die Totalprivatisierung von sieben Staatsunternehmen. Die Bundesregierung verabschiedete daraufhin ein neues ÖIAG-Gesetz zur Umsetzung des Regierungsprogramms, das die Tilgung der bestehenden Verbindlichkeiten der ÖIAG in der laufenden Legislaturperiode vorsah. Oberstes Ziel war ein ausgeglichenes Budget ("Nulldefizit"). Finanzminister Karl-Heinz Grasser erteilte deshalb in der Hauptversammlung der ÖIAG am 17. Mai 2000 den Auftrag, sieben Unternehmen zu 100 % zu verkaufen, darunter die Austria Tabak. In einer kurzfristig in der Nacht zum 21. Juni 2001 einberufenen außerordentlichen Aufsichtsratssitzung gaben Johannes Ditz, inzwischen alleiniger Vorstand der ÖIAG, und die zehn Unternehmervertreter des Aufsichtsrates dem einzigen Bieter, dem britischen Tabakkonzern Gallaher, den Zuschlag für die Übernahme des restlichen Aktienpakets der Austria Tabak von 41 %. Das Geld floss ins Budget und in die Tilgung der Schulden der ÖIAG. Auf mitgeführten Transparenten von MitarbeiterInnen der Austria Tabak bei einer Demonstration vor der ÖIAG-Zentrale in Wien im Dezember 2000, wenige Monate vor Übernahme durch den Gallaher-Konzern, stand zu lesen: "Der Staat - die Wende; Austria Tabak - das Ende".4

Korruption und Freunderlwirtschaft?

Der Rechnungshof kritisierte, dass der Aufsichtsrat in der entscheidenden Sitzung am 21. Juni 2001 seiner aktienrechtlich vorgeschriebenen Kontrollfunktion nicht nachkommen konnte und sich ausschließlich auf die Darstellung und Einschätzung von Johannes Ditz verlassen musste. Ditz stellte die notwendigen Unterlagen erst während der Sitzung zur Verfügung, die fünf Arbeitnehmervertreter verließen daher noch vor der Beschlussfassung die Versammlung. Kurz vor der Sitzung hatten sich zwei der drei Interessenten zurückgezogen, folglich lag nur mehr das Angebot der Gallaher Group vor. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurde der unzutreffende Eindruck vermittelt, dass es mehrere verbindliche Angebote gäbe. Damit waren sie vorsätzlich getäuscht worden. Der gesetzlich vorgeschriebene Privatisierungsausschuss, der die Maßnahmen des Aufsichtsrates für den Verkauf mit vorzubereiten und zu überprüfen hatte, war, so die ÖIAG, aus "Gründen der Zeitökonomie" nicht eingerichtet worden.

Der Rechnungshof bemängelte die Abwicklung des Verkaufs durch eine Investmentbank, sei doch das Privatisierungsmanagement wesentliche Aufgabe der ÖIAG selbst. Die Austria Tabak hatte gute Marktanalysen und Privatisierungsalternativen erstellt, auf die aber nicht zurückgegriffen wurde. Die mit dem Verkauf beauftragte Investmentbank Credit Suisse First Boston war in der Ausschreibung um 2,39 Millionen Euro teurer als die zweitgereihte Bank. Insgesamt wären laut Rechnungshof rund drei Millionen Euro an Einsparungen möglich gewesen. Besonders gravierend war, dass die ÖIAG kein Bewertungsgutachten über die Angemessenheit des Kaufangebots einholte und diese Angemessenheit nur aufgrund des Börsenkurses bewertete. Da die Unterbewertung der Aktie bekannt war, hielt es der Rechnungshof für sachlich ungerechtfertigt, dass der Aufsichtsrat den Börsengang um ein Jahr vorverlegt hatte. Der niedrige Kurs der Austria Tabak-Aktien hätte eher für den ursprünglich vorgesehenen Termin gesprochen.

Der in der Hauptversammlung der ÖIAG vom 17. Mai 2000 erteilte Privatisierungsauftrag enthielt keine konkreten Ausführungen zu den im Gesetz verankerten Zielen der Berücksichtigung der Interessen des Unternehmens und der Republik Österreich. Nur die Vorgabe, den bestmöglichen Erlös zu erzielen. Die vertragliche Ausgestaltung zur Bereitschaft des Käufers, die Austria Tabak fortzuführen, mittelfristig die Unternehmenszentrale in Österreich zu belassen und die Anzahl der Beschäftigten zu stabilisieren, war vage und blieb für eine Durchsetzung dieses Ziels unzureichend. Nicht einmal eine laufende Informationsverpflichtung wurde vereinbart. Der Rechnungshof zog den Schluss, dass für die ÖIAG bei der Privatisierung der Austria Tabak die Erzielung eines möglichst hohen Verkaufserlöses im Vordergrund stand.

Seit Juli 2010 prüft die Staatsanwaltschaft alle Privatisierungen aus der Amtszeit des ehemaligen Finanzministers. Die Hinweise aus dem Bericht des Rechnungshofes stellen dafür eine wichtige Grundlage dar. Auffällig ist eine Parallele zu den vermuteten illegalen Absprachen und Provisionszahlungen bei der Privatisierung von Bundeswohnungen (BUWOG-Affäre). Die Abwicklung der Privatisierung der BUWOG besorgte die 2008 in die Insolvenz geratene Investmentbank Lehman Brothers mit Karlheinz Muhr, einem Freund von Karl-Heinz Grasser, als Subauftragnehmer. Ein Personenkreis um Grasser wird verdächtigt, die Privatisierung manipuliert und in die eigenen Taschen gewirtschaftet zu haben; es gilt die Unschuldsvermutung. Auch für die Credit Suisse First Boston, die mit der Abwicklung des Verkaufs der Austria Tabak beauftragt war und ein höheres Honorar als die zweitgereihte Bank kassierte, arbeitete Muhr in leitenden Positionen. Allerdings gibt es ein Problem. Nicht nur die Unterlagen, aus denen eine Begründung für die auffällige Vorverlegung des Verkaufs der Austria Tabak zu entnehmen wäre, fehlen, sondern alle Dokumente, die Entscheidungen rund um den Verkauf der Austria Tabak nachvollziehbar machen. Laut Mitteilung der ÖIAG waren anlässlich ihrer Übersiedlung "als entbehrlich erachtete Aufzeichnungen aus Platzgründen entsorgt worden."5

Die Schließung der Tabakfabriken als Enteignung der Beschäftigten

2005 mussten die österreichischen Tabakfabriken erfahren, was es hieß, einem internationalen Konzern mit der Zentrale außerhalb des Landes anzugehören. Ende 2004 lief die dreijährige Standortgarantie aus, die die Gallaher Group bei der Übernahme des österreichischen Unternehmens abgeben musste. Obwohl die heimische Zigarettenproduktion der Austria Tabak von 2001 bis 2004 von 27,9 auf 41,5 Milliarden Zigaretten erheblich gesteigert werden konnte und alle österreichischen Fabriken gewinnbringend waren, wurden die Standorte Schwaz und Fürstenfeld geschlossen, die Zigarrenproduktion wanderte ins Ausland. Die Begründung für diese Maßnahme sollte sich in den nächsten Jahren wiederholen: Schließungen sind das Ergebnis der konzerninternen Überprüfung aller europäischen Produktionsstätten für eine strategische Neuausrichtung. Die Konzentration komme den anderen Standorten zugute, die modernisiert würden. Austria Tabak-Chef Stefan Fitz unterstrich das "Ziel, den Standort Österreich zu sichern und die verbleibenden österreichischen Fabriken zu stärken". Die Fabriken Linz und Hainburg würden künftig mit "zusätzlichen Investitionen" unterstützt. Der frühere Generaldirektor Josef Mauhart stellte zu dieser Entwicklung im Jänner 2005 fest: "Schwaz schmerzt betriebswirtschaftlich: Nirgends in Europa gibt es eine Fabrik, die bei der Flexibilität über so hohe Produktivität und Qualität verfügt. Das ist der Preis, den man zahlt, wenn man keine Eigentümerrechte mehr hat. 66



Der ehemalige Finanzminister Karl-Heinz Grasser vor den Trümmern seiner Privatisierungspolitik in der Tabakfabrik Linz (Karikatur von Gerhard Haderer)

Am 18. April 2007 wurde einer der größten Tabakkonzerne der Welt, Japan Tobacco International (JTI), neuer Eigentümer von Gallaher und damit auch von Austria Tabak. Acht Monate später sperrte JTI die hochproduktive und äußerst profitable Tabakfabrik Linz zu und transportierte die modernen Maschinen in eine neu errichtete Fabrik nach Polen ab. Austria Tabak-Chef Fitz verkündete dennoch eine frohe Botschaft: "ITI bekennt sich klar zur Produktion in Österreich, zusammengefasst an einem Standort", in den mit einigen Dutzend Millionen Euro kräftig investiert würde. Eineinhalb Jahre später, im Mai 2011, gab JTI bekannt, mit Hainburg die letzte österreichische Tabakfabrik in Kürze zu schließen und die Produktion nach Polen und Rumänien zu verlagern. Der Sprecher der Austria Tabak räsonierte: "Hohe Lohnkosten, die Arbeitszeitregelung, andere Auflagen – da unterliegt Österreich gegenüber anderen Ländern." Am selben Tag, als JTI die Schließung des Werkes Hainburg und das Ende der Tabakindustrie in Österreich meldete, verlautbarte der Klubobmann der ÖVP, Karlheinz Kopf, in einer Presseaussendung, dass die in den 1980er-Jahren eingeleiteten Privatisierungen staatseigener Unternehmen zu einer nachhaltigen Existenzsicherung zahlreicher Betriebe geführt hätten:

"Die Gesundung der Staatsfinanzen und Rückführung der Verschuldung haben absoluten Vorrang. (...) Die Privatisierung von ÖIAG-Beteiligungen sind ein gutes Beispiel, wie erfolgreich eine strukturelle und eigentümerseitige Neuaufstellung von Unternehmen vorgenommen werden kann, um zum einen die Staatsschulden zu reduzieren und zum anderen den Unternehmen eine neue Perspektive zu geben".⁷

Internationale Tabakkonzerne wie Gallaher und JTI operieren mit einer Logik, die die MitarbeiterInnen der Austria Tabak bis dahin nicht kannten. "Leistung lohnt" meint in diesem Verständnis, die Motivation und Leistungsbereitschaft der ArbeitnehmerInnen für Produktivitätssteigerungen zu nutzen. Die Bedeutung der Leistung tritt jedoch in den Hintergrund, sobald sich lukrativere Investitionsmöglichkeiten bieten und seien sie noch so kurzfristig. Der flexible Kapitalismus als Wettbewerbsregime fordert und fördert nicht nur die Konkurrenz mit anderen Betrieben, sondern auch zwischen den Standorten des eigenen Unternehmens. Er verspricht als Belohnung die Sicherung des eigenen Standorts und Arbeitsplatzes, muss sich aber nicht an seine Zusage halten. Im Ernstfall kann er stets mit einem quasi naturgegebenen Rationalisierungsdruck der globalen Märkte argumentieren, der keine andere Entscheidung als Fabrikschließung oder massiven Personalabbau zulasse. Der Erhalt der Arbeitsplätze und die Folgen für die Volkswirtschaft, die Region und die Menschen haben keine Priorität, sondern die Gewinnmaximierung, der shareholder value. Dass keines der Werke der Austria Tabak defizitär wirtschaftete, blieb ohne Belang. Ebenso, dass der Standort Linz gemessen an seiner Produktivität der drittbeste Betrieb im Weltkonzern JTI war. Ein multinationaler Konzern zieht dorthin, wo er sich noch höhere Gewinnspannen und noch stärkere Senkung der Kosten verspricht, vor allem beim Personal.

Die ÖIAG erzielte 2001 aus dem Verkauf des Aktienpakets der Austria Tabak einen Erlös von 769,22 Millionen Euro; nach Abzug der Privatisierungskosten und

des Buchwertes verblieb ein Gewinn von 693,33 Millionen Euro. In Relation dazu ist festzuhalten, dass die Austria Tabak allein von 1991 bis 1995 Dividendenzahlung von mehr als 200 Millionen Euro an den Staat abführte, zwischen 2000 und 2010 deutlich über 300 Millionen Euro. Zu berücksichtigen sind weiters der Nutzen der Investitionen des Unternehmens in seine Standorte, die vorhandenen Arbeitsplätze, Steuern für Staat und Kommunen sowie der Auftragswert von dutzenden Millionen Euro, den die Tabakwerke jährlich an rund 500 österreichische Firmen vergaben. Im Jahr vor dem Verkauf der Austria Tabak an Gallaher 2001 betrug ihr Gewinn aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 193,5 Millionen Euro bei einem Umsatz von 3,7 Milliarden Euro. Von 1998 auf 2000 hatte das Unternehmen seinen Gewinn vor Abzug der Steuer um 30 % steigern können. Die Privatisierung der Austria Tabak und ihr Verkauf ans Ausland können auch aus ökonomischer Sicht nicht als sinnvoll bezeichnet werden.

Das Bemerkenswerte an der Austria Tabak war ihre jahrhundertelange Tradition, die Frage des wirtschaftlichen Erfolgs nicht unabhängig von betrieblicher Sozialpolitik zu betrachten. Mit der Privatisierung ging diese Tradition verloren, betont Meinrad Ziegler. Das staatliche Eigentum verstanden frühere MitarbeiterInnen, die bereits vor 2001 in den Ruhestand gegangen waren, als Form des kollektiven Eigentums. Privatisierung und Verkauf des Unternehmens erlebten sie als eine Enteignung, da die Tabakfabrik Bestandteil ihrer Identität war, in der sie Jahrzehnte lang gearbeitet und dazu beigetragen hatten, dass sie florierte. Der Eigentümerwechsel von staatlicher Hand in Privatbesitz zerstörte eine Unternehmenspolitik, die soziale und wirtschaftliche Kriterien miteinander zu vereinbaren wusste. Finanzminister Karl-Heinz Grasser hatte der Belegschaft 2001 in seiner gewohnt saloppen Art versprochen, dass in der Austria Tabak nach ihrem Verkauf ins Ausland Milch und Honig fließen werden, ansonsten würde er sich ins Knie schießen. Noch 2003 hatte er verkündet: "Das ist erfolgreiche Privatisierung zum Wohle des Unternehmens, zum Wohle der Beschäftigten, gerade am Beispiel der Austria Tabak. "8

Literaturtipps

Kannonier-Finster, Waltraud/Meinrad Ziegler (Hg.): Ohne Filter. Arbeit und Kultur in der Tabakfabrik Linz. Innsbruck–Wien–Bozen 2012 (transblick 8).

Schreiber, Horst: Privatisierung – Verkauf – Schließung, in: Kannonier-Finster/Ziegler: Ohne Filter, S. 197–220.

Ziegler, Meinrad: Das Wirtschaftliche und das Soziale. Reflexionen über einen fast vergessenen Zusammenhang am Beispiel der Tabakfabrik Linz, in: WISO 3 (2013), S. 99–116.

Anmerkungen

- 1 Meinrad Ziegler: Ökonomismus und die Abschaffung von Politik. Eine Fallstudie zur Privatisierung der Austria Tabak, Manuskript im Besitz des Verfassers.
- 2 Der vorliegende Beitrag stützt sich auf die Langversion von Horst Schreiber: Privatisierung Verkauf Schließung, in: Waltraud Kannonier-Finster/Meinrad Ziegler (Hg.): Ohne Filter. Arbeit und Kultur in der Tabakfabrik Linz. Innsbruck–Wien–Bozen 2012 (transblick 8), S. 197–220. Dort sind auch die entsprechenden Quellenangaben zu finden.
- 3 Zit. n. Schreiber: Privatisierung, S. 205.
- 4 Ebd.: S. 223.
- 5 Ebd.: S. 210.
- 6 Ebd.: S. 211. 7 Ebd.: S. 216.
- 8 Ebd.: S. 210.